

froren. Durch die "religiöse" Taiwan-Reise des Dalai Lama läßt das Tauwetter offenbar noch weiter auf sich warten. (FCJ, 21. und 28.3.97; XXW, 9.-15.3. und 30.3.-5.4.97, S. 14ff. bzw. 27ff.; ZYRB und LHB, 22.-28.3.97) -ni-

*(28)

Großes Debakel der Regierungspartei KMT bei Nachwahl in Taoyuan

Nach der Ermordung des Regierungschefs des Landkreises Taoyuan in Nordtaiwan, Liu Bangyou (Liu Pang-you), im letzten November fand am 15. März die Nachwahl des Nachfolgers statt. Zur großen Überraschung gewann die Kandidatin der Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party), Lü Xiulian (Annete Lu), die Wahl mit einer überragenden Mehrheit. Von den 594.529 abgegebenen Stimmen entfielen 324.074 oder 55,3% auf sie, während ihr Hauptgegenkandidat von der Regierungspartei KMT, Fang Lixiu (Fang Li-Hsiu), nur 216.325 oder 36,92% bekam, d.h. einen Abstand von 107.749 Stimmen oder 18,39%.

Mit 1,5 Mio. Einwohnern ist Taoyuan der zweitgrößte Landkreis von Taiwan. Nach der Eroberung Taoyuans werden 50,16% der insgesamt über 21,5 Mio. Einwohner Taiwans von der DPP regiert, mehr als der Anteil der KMT mit 48,62%.

Am gleichen Tag wurde auch die Nachwahl des Bürgermeisters der Stadt Hualian in Osttaiwan abgehalten. Hier gewann der KMT-Kandidat Ye Yaohui (Yeh Yao-hui) mit 17.430 Stimmen, 2.773 mehr als sein Hauptgegenkandidat Lu Boji (Lu Po-chi). Die NP (New Party) als die drittgrößte Partei hat im Vergleich zu den vorherigen nationalen Parlamentswahlen sowohl in Hualian als auch in Taoyuan viele Stimmen verloren. Aus Konsequenz der Niederlage trat der Generalsekretär der Partei, Yu Muming (Yok Mu-ming), zurück. Zu seinem Nachfolger wurde Wang Jianxuan (Wang Chien-shien) gewählt. (LHB, 16. und 27.3.97; ZYRB, 16.3.97)

Einer von der LHB zwischen dem 18. und 20. März durchgeführten Meinungsumfrage zufolge sind 46% der Bevölkerung z.Z. mit der DPP zufrieden, 9% mehr als vor einem Jahr. Hingegen ist das Ansehen der KMT wie auch der NP stark gesunken, und zwar von 50% auf 38% bzw. von 32% auf

20%. Die Unzufriedenheit mit der KMT ist bei gleichem Vergleich von 33% auf 39%, mit der NP von 33% auf 47% gestiegen und mit der DPP von 44% auf 29% gesunken. Der Umschwung ist wohl darauf zurückzuführen, daß es z.B. bei der KMT und NP heftige interne Machtkämpfe gibt, während sich die DPP - wie bei den Nachwahlen - solidarisch zeigt. (LHB, 24.3.97) -ni-

*(29)

Gesetz in bezug auf Hongkong und Macau

Am 18. März hat der Gesetzgebungsyuan (Parlament) ein Gesetz zu Hongkong/Macau verabschiedet. Es handelt sich dabei um die Regelung der Beziehungen Taiwans zu Hongkong und Macau nach deren Rückgabe an Beijing Anfang Juli d.J. bzw. Ende 1999. Da die Regierung Taipei bislang offizielle "direkte" Kontakte mit der VRChina nicht gestattet, dienen die zwei Noch-Kolonien - vor allem Hongkong - als Verbindungsbrücke für den "chinesisch-chinesischen" Güter- und Personenverkehr zwischen den beiden Seiten der Taiwan-Straße. Im letzten Jahr betrug die Exporte Taiwans nach Hongkong 26,81 Mrd.US\$ und die Importe aus Hongkong 1,71 Mrd.US\$, davon entfielen 19,15 Mrd.US\$ bzw. 3,01 Mrd.US\$ auf die "indirekten" Ex- und Importe nach und aus dem chinesischen Festland. Über die britische Kolonie hat Taiwan schätzungsweise kumulativ 30 Mrd.US\$ "indirekt" auf dem chinesischen Festland investiert. Allein im letzten Jahr hat die Regierung "offiziell" indirekte Investitionen im Wert von über 1,2 Mrd.US\$ auf dem Festland genehmigt, 12% mehr als 1995. Außerdem reisen jedes Jahr über eine Million Taiwanesen nach dem Festland über Hongkong und Macau.

Um formell das Verbot "direkter" Kontakte mit dem Festland unter der kommunistischen Regierung nicht zu unterlaufen, will Taiwan Hongkong und Macau nach deren Übergabe an China nach dem o.a. neuen Gesetz weiter als "Drittregion" ansehen. Den Gesetzentwurf hatte die Regierung bereits vor vier Jahren dem Gesetzgebungsyuan vorgelegt. Die Hinauszögerung ist auf Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien zurückzuführen. Außerdem hatte man vergeblich auf einen Konsens mit Beijing durch die halbamtlichen Verhandlungen gewartet; Beijing anerkennt jedoch die taiwanesischen Re-

gierung nicht als gleichberechtigten Verhandlungspartner, fordert aber andererseits direkten Handel und Verkehr zwischen beiden Seiten. Angesichts des bevorstehenden Machtwechsels in Hongkong hat Taiwan nun das Gesetz einseitig in Eile passiert. Um der ungewissen Zukunft Hongkongs zu begegnen, wird die Regierung im Gesetz ermächtigt, jederzeit die einschlägigen Bestimmungen zur Wahrung der Sicherheit Taiwans zu ändern, wobei allerdings innerhalb von zehn Tagen die Zustimmung des Gesetzgebungsyuan nachgeholt werden muß. (ZYRB, LHB, CP und SCMP, 19.3.97; FCJ, 21.3.97) -ni-

Hongkong und Macau

*(30)

Die designierte Justizministerin Hongkongs über die zukünftigen Beziehungen mit Taiwan

Nach der Verabschiedung eines Gesetzes in Taiwan über die künftigen Beziehungen der Insel zu Hongkong und Macau nach deren Rückgabe an die VR China Anfang Juli d.J. bzw. Ende 1999 (siehe dazu die entsprechende Übersicht bei Taiwan in diesem Heft) sagte die designierte Justizministerin der chinesischen Sonderverwaltungszone (SVZ) Hongkong, Elsie Leung Oi-sie (Liang Aishi), in einem Presseinterview, daß die Beziehungen zwischen Hongkong und Taiwan nach dem Souveränitätswechsel wie bislang von Fall zu Fall durch Konsultationen beider Seiten behandelt werden. Eine Gesetzgebung sei dafür nicht erforderlich. Taiwans Institutionen könnten als eingetragene Gesellschaften weiter in Hongkong bleiben, ohne dabei eine Genehmigung von Beijing beantragen zu müssen. Die protaiwanesischen Gruppen dürfen bei ihren Veranstaltungen die Parteiflagge (der Kuomintang) benutzen, aber nicht die Nationalflagge (der Republik China). Ob bei der quasiamtlichen Vertretung Taiwans in Hongkong ein Visum für die Reise nach Taiwan beantragt werden kann, sei noch weiter diskussionsbedürftig. (LHB, 23.3.97)

Wie in C.a. (1995/6, Ü 33) berichtet, hat Qian Qichen, Beijings Außenminister und Vorsitzender des Vorbereitungskomitees für die Rücknahme Hongkongs, im Juni 1995 sieben Punk-

te über die Beziehungen der künftigen SVZ Hongkong zu Taiwan bekanntgegeben. Danach können die bestehenden Beziehungen beider Seiten entsprechend dem "Ein-China-Prinzip" nach dem Souveränitätswechsel in Hongkong fortgeführt werden. Alle amtlichen Kontakte, Verhandlungen, Unterzeichnungen von Verträgen und Gründungen von Organisationen zwischen Taiwan und Hongkong müssen jedoch von Beijing oder dem Regierungschef der SVZ in konkretem Auftrag von Beijing genehmigt werden. -ni-

Oskar Weggel

Asien im Jahr 2050

Versuch einer virtuellen Umrißbestimmung

*(31)

Hoher Überschuß im Haushalt Hongkongs

Im abgelaufenen Finanzjahr 1996/97 (1. April - 30. März) weist der Haushalt Hongkongs nach Schätzung von Finanzminister Donald Tsang Yam-kuen einen unerwartet hohen Überschuß von 15,1 Mrd. HK\$ (7,8 HK\$=1 US\$) auf verglichen mit dem ursprünglich geplanten Volumen von 1,6 Mrd. HK\$. Das Ergebnis kam in erster Linie durch den Boom im Immobiliensektor zustande und ebenfalls durch niedrige Regierungsausgaben. Für das Fiskaljahr 1997/98 sieht der neue Haushaltsplan sogar einen mehr als doppelt so hohen Überschuß von 32 Mrd. HK\$ vor: Einnahmen von 234 Mrd. HK\$ gegenüber Ausgaben von 202 Mrd. HK\$. Damit würden die gesamten Finanzreserven per Ende des neuen Fiskaljahres - Ende März 1998 - eine Höhe von 359 Mrd. HK\$ erreichen.

Bei den ökonomischen Rahmenbedingungen, innerhalb deren der Finanzminister sein Budget präsentierte, ging er von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im laufenden Jahr von 5,5% (1996: 4,7%) aus. Die Exporte sollen um 8,5% gegenüber dem Vorjahr steigen, die Inflationsrate wird auf 7% geschätzt.

Da die britische Kolonie am 1. Juli d.J. an China zurückgeht, wurde der Haushaltsplan 1997/98 unter Konsultation mit dem Expertenausschuß der sino-britischen Liaisongruppe ausgehandelt. Hinsichtlich der Sozialpolitik wird der neue Haushaltsplan als zu konservativ kritisiert. (SCMP und NZZ, 13.3.97; NfA, 26.3.97; DGB, 14.3.97) -ni-

Prognosebedarf contra Prognosehorizont: Eine methodische Vorbetrachtung

Da der wissenschaftliche Prognosehorizont aus heutiger Sicht (1997) kaum über das Jahr 2010 hinausreicht, da gleichzeitig aber solide Planung ohne längerfristige Perspektiven nicht auskommen kann, drängt sich fast von selbst die Frage auf, wie es um die Zukunft des für Europa wohl wichtigsten Kontinents, nämlich Asiens, innerhalb der nächsten zwei Generationen, also bis etwa 2050 vermutlich bestellt ist. Jeder Einblick in künftige Entwicklungen hat außerdem, so begrenzt er auch immer ausfallen mag, doch den unbestreitbaren Vorteil, im besten Sinne aufklärerisch zu wirken - und Ängste abzubauen, auch wo viele Erwartungen durchaus Anlaß zur Beunruhigung geben mögen. Will man also nicht von vorneherein hilflos die Hände in den Schoß legen oder ironisch abwinken, bleibt als einziger Ausweg der zugegebenermaßen höchst vorwissenschaftliche Versuch, mit den Navigationsinstrumenten historischer Erfahrung durch eine unbekannte Zukunftslandschaft zu "surfen" und dabei auch prognostische Hypothesen zu wagen. Erfrischendes Nachdenken und gedankliche Experimente sind gefragt - und sollten deshalb auch gewagt werden.

Obwohl es heute üblich geworden ist zu behaupten, daß Zukunft auch nicht mehr ist, "was sie einmal war" und sich heutzutage mit Kategorien der Vergangenheit noch weniger ausloten lasse als in der bisherigen Menschheitsgeschichte, bleibt Zukunfterschließung auf der Basis von Vergangenheitserfahrungen am Ende doch die einzige Alternative zum Agnostizismus - und damit zur Hilflosigkeit. Hauptmethode soll nachfolgend also die "Hochrechnung" bisheriger Erfahrungen sein. Die Darstellung beginnt in Kapitel 1 mit dem vorweggenommenen Ergebnis, also mit Prognosehypothesen, denen z.T. auch Jahreszahlen als virtuelle Eintrittsdaten beigelegt sind und liefert dann in Kapitel 2 ff. die Begründungen nach.

Soweit von "Asien" die Rede ist, sind die Bereiche Ost-, Südost-, Süd- und Zentralasiens nach dem Verständnis von 1997 gemeint.